

---

## Presseinformation

Berlin, den 28. Juli 2014  
Nr. 15, 2014

Verband Deutscher  
Verkehrsunternehmen e. V.  
Lars Wagner  
Pressesprecher  
T 030 399932-14  
wagner@vdv.de

### VDV begrüßt Vorschlag von Verkehrsminister Meyer zur Infrastrukturfinanzierung

**Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) unterstützt den Vorschlag des schleswig-holsteinischen Verkehrsministers Reinhard Meyer, ein Sondervermögen für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur einzurichten. Meyer sieht die Schaffung eines eigenen Fonds, in dem mindestens vier Milliarden Euro jährlich zur Sanierung der maroden Verkehrswege in Deutschland zur Verfügung stehen, als sinnvolles Finanzierungsinstrument, um eine „berechenbare Planung“ und „berechenbare Finanzen“ für die bundesweit dringend notwendigen Infrastrukturinvestitionen zu gewährleisten.**

VDV-Präsident Jürgen Fenske befürwortet diese Idee: „Ein Infrastrukturfonds wäre ein geeignetes Instrument, um Gelder zweckgebunden, überjährig und zugriffssicher zu verwenden. Damit wäre nicht nur eine Planungssicherheit gewährleistet, sondern man könnte den Bürgern zudem transparent nachweisen, wofür ihre Abgaben konkret ausgegeben würden. Ähnliche Fondsmodelle haben in der Schweiz und Österreich mit großem Rückhalt der Bevölkerung bereits zu nachhaltigen Infrastrukturverbesserungen geführt.“ Schon die Bodewig-Kommission hatte Ende letzten Jahres solche Fondslösungen vorgeschlagen, um die jährlich zusätzlich notwendigen 7,2 Milliarden Euro für die Sanierung von Schienen, Straßen und Brücken in Deutschland bereitzustellen. Aber woher das Geld dafür kommen soll wird in der Politik und Öffentlichkeit seitdem kontrovers diskutiert. Mit dem jetzigen Vorstoß aus Schleswig-Holstein unternimmt die dortige Landesregierung einen neuen Versuch, endlich zu einer zeitnahe Lösung zu kommen.

#### **Umwandlung des Soli-Zuschlags als Finanzierungsquelle für ein Sondervermögen**

„Wir sind gespannt auf das konkrete Konzept, das Minister Meyer im Herbst dem Bund vorlegen wird. Wir halten als Finanzierungsquelle für ein solches Sondervermögen eine Art Infrastrukturzuschlag aus dem heutigen Soli-Zuschlag für die momentan praktikabelste Lösung. Denn ein großer Anteil des Solidaritätszuschlags verbleibt ohnehin bereits im allgemeinen Steueraufkommen des Bundes. Eine aus diesem Steueraufkommen unterstützenswerte Aufgabe könnte der Werterhalt der Verkehrsinfrastruktur sein. Deshalb ist die Weiterentwicklung des Soli-Zuschlags in einen Infrastrukturzuschlag logisch und sinnvoll zu begründen,“ erklärt Fenske. Der VDV hatte die Bereitschaft der Bevölkerung, anstatt des Soli-Zuschlags künftig einen Infrastrukturzuschlag zu zahlen, bereits im Mai im Rahmen einer repräsentativen forsa-Umfrage abgefragt. Dabei kam heraus, dass die Mehrheit der Bundesbürger bereit wäre, für die einen Zuschlag für die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur zu bezahlen (52 % zu 48 %).